

REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
205 · Ausgabe Region Bern · März 2023



Bildungsräume rechtzeitig mitdenken – und bildungspolitische Pakete schnüren

Spoiler: Wir steuern wegen Schul- und Betreuungsraumangel auf ein sozialpolitisches Drama zu. Überparteiliche Strategien fehlen, der private Markt übernimmt, schafft grosse Chancengerechtigkeiten in einem eh schon hoch stratifizierten Bildungssystem und führt zu prekarierten Arbeitsverhältnissen im Bereich Bildung und Betreuung.



Vanessa Käser, Lehrperson,
Familienfrau und Aktivistin

«Holen wir diese Frauen jetzt endlich auf den Arbeitsmarkt!», «Gründen wir wieder Kleinklassen!», «Lasst diese Lehrpersonen in höheren Pensen arbeiten!» – marktliberale, unqualifizierte Voten in vielen Kommentarspalten sind aktuell überall zu finden, eine gefährliche Entwicklung. Diese Debatte drängt ausgerechnet jene, die seit Jahrzehnten Vereinbarkeit zu leben versuchen, in eine absurde Situation: Sollen wir dem Ruf auf «den» Arbeitsmarkt folgen, wenn wir doch wissen, dass kaum Betreuungsstruktur in guter, öffentlicher Qualität wartet? Wenn wir doch, gerade in der Stadt und Region Bern, erlebt haben, dass keine verlässliche Infrastruktur rechtzeitig bereitgestellt ist und die Probleme, die sich im Alltag dadurch

ergeben, letztendlich privat und teuer abgedeckt werden müssen?

Nichtexistenz einer kohärenten, nationalen Familienpolitik

Wie wünschte ich mir, dass über den Mangel dieser Infrastruktur im Bildungs- und Betreuungsbereich ähnlich engagiert und national breit abgestützt diskutiert werden würde – und in feinen, städteplanerischen

«Wir laufen aktuell in Stadt und Region Bern Gefahr, relevanten Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen nicht gerecht zu werden.»

Szenarien grosse Infrastrukturprojekte auf den politischen Weg geschickt – wie in der aktuellen Debatte um den Fachkräftemangel, die diesen städteplanerischen Aspekt aber glorios auszublenden weiss. Sprechen wir Klartext: Nicht die teilzeitarbeitenden Lehrpersonen sind ursächlich für den Lehrpersonenmangel. Nicht Mütter und Eltern, die in Teilzeit arbeiten, weil sie keine zwei gratis arbeitenden «Hüetigrosi» zur Unterstützung auf Abruf halten und sich zwischen nichtkompatiblen Schichten der Lohnarbeit und den Herausforderungen der Erwerbsarbeit über die Nichtexistenz einer kohärenten, nationalen Familienpolitik nur noch müde die Augen reiben können.

Gefragt: sozialdemokratische Antworten

Nein: Seit rund 15 Jahren stolpere ich als erwerbstätige Mutter und Familienfrau von fehlendem Angebot zu fehlenden Nahtstellen – im Glauben aufgewachsen, die Vereinbarkeit sei gegeben, eine starke und gut ausgebaute Sozial- und Bildungspolitik sei das Kernelement unserer Demokratie und dabei sehr privilegiert mit einer engagierten Grossmutter an meiner Seite. Was ist unsere sozialdemokratische Antwort an die Adresse der erwerbstätigen Eltern und aufwachsenden Kinder, die sich Gemeinde um Gemeinde in Elternkomitees formieren, dann, wenn der Schulraumangel oder marode Infrastruktur ihr Kind trifft? Wollen wir zuschauen, wie

ein privater Markt das Betreuungswesen übernimmt, dort, wo es Staat und Gemeinden an einer geschlossenen und starken Bildungspolitik fehlt und sich andererseits eine immer grösser werdende Gruppierung «bildungs-naher» Menschen für «home schooling», private Schulprojekte und damit auch für den Weg weg von der öffentlichen Volksschule entscheidet? Gerne gerade auch aus unseren Reihen?

Herausfordernde Doppelrolle bei fehlender Infrastruktur

Alle zur Verfügung stehenden Daten und Szenarien für die Jahre 2022 bis 2031 bestätigen, dass die Lernendenzahlen auf allen Stufen der obligatorischen Schule in den nächsten zehn Jahren ansteigen werden (ohne Krieg, Flucht- und weitere demografische Faktoren mitzurechnen); alleine auf Primarstufe sind dies +8,2% schweizweit (von 178 400 auf 192 900 Lernende, daneben die Zunahme um 8,4% auf Primarstufe 3–8, um 11,4% auf Sekundarstufe I).^{*} Umgerechnet auf Raum und personelle Ressourcen für Spielgruppenplätze, Kitaplätze, Ganztageschulraum, Sportflächen und Sozialraum ergeben sich für Eltern, die oftmals in der Doppelrolle als Lohn- und Care-Arbeitende im Bereich Bildung und Betreuung tätig sind, grosse Herausforderungen. Schaut man sich aktuelle Bauprojekte und ihre jeweiligen Investitionsvolumen beispielsweise in Köniz, Belp, der Stadt Bern und in Ostermundigen an, so wird rasch klar: Viele der bestehenden Schulbauten aus den Fünfzigern und Sechzigern sind weder mit der demografischen Entwicklung mitgewachsen, noch entsprechen sie den veränderten Lernformen und erst recht nicht den Bedürfnissen zeitgemässer Bildungslandschaften. Währenddem zum Beispiel unsere engagierte Gemeinderätin in Ostermundigen, Maya Weber Hadorn, Schulbau um Schulbau und Kindergarten um Kindergarten feiert, dürfen sich Kinder in der Stadt Bern glücklich schätzen, wenn sie überhaupt rechtzeitig ein Schulzimmer haben. Das heisst aktuell à la Stadt Bern frei interpretiert: Mitten im Schuljahr wird dann voraussichtlich gezügelt ... und sei dies in einen ausgedienten Bürokomplex ohne adäquaten Aussenraum, direkt an der Autobahn. Auch für Schulleitende sind das keine leichten Perspektiven.

Bevor Quartierschule um Quartierschule überquillt, tragende Lehrpersonen und Schulleitende in die Prekarisierung gedrängt werden, weil der riesige Berufsauftrag in der zu schwach ausgebauten Infrastruktur, mit mangelhaft durchdachten Revisionen, zu grossen Klassen und fehlenden Nahtstellen kaum mehr stemmbar ist, braucht es starke Geschäfte der SP. Kolleginnen, langjährige Lehrpersonen, die mangels Stemmbarkeit

aller Ansprüche ihre Anstellung reduzieren (notabene bei tieferem Lohn dann aber trotzdem meist 100% für die Schulen leisten), werden nun also mit liberalen Voten dazu gedrängt, den Lehrpersonenmangel mit höherer Anstellung zu beheben. Wie absurd und verletzend.

Zukunft Bildungslandschaft – Investitionen und gute Arbeitsbedingungen

Als Mutter und Lehrerin rufe ich dazu auf, in Stadt und Region Bern bildungspolitische und überparteiliche Pakete zu schnüren, welche auf kantonaler und kommunaler Ebene die Dinge gut abgestimmt in Bewegung bringen: Für eine Gesellschaft, die alle Formen von Arbeit und Engagement als gleichwertig anerkennt, erfüllt das Bildungssystem – und das rechtzeitige Planen und Bereitstellen entsprechender Infrastruktur – eine der zentralsten Funktionen überhaupt. Wir laufen aktuell in Stadt und Region Bern Gefahr, relevanten Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen nicht gerecht zu werden. Derweil ächzen die Gemeinden unter den finanziellen Lasten, die dieser hektische Aufholkurs kostet. Oder wie es eine in der Stadtplanung tätige engagierte Kollegin letzthin an einer Konferenz schön formulierte: «Jedes Mal, wenn wir eine Siedlung – manchmal sogar tatsächlich rechtzeitig inklusive Schulraum – fertiggestellt haben, muss ich noch irgendwo ein Kistchen Tagesschulraum daneben hinbauen; das ist, als Architektin, keine Freude. Aber dieser Raum wird bisher

nicht zwingend mitgedacht.» Es gilt, von der Spielgruppe über die Kita bis hin zur Quartierinfrastruktur formale und nonformale Bildungsräume rechtzeitig mitzudenken. Dafür braucht es eine starke SP, in der Stadt ebenso wie in der Agglo und auf dem Land.

^{*} Quelle: Bundesamt für Statistik, Bildungsperspektiven 2022–2031, Neuchâtel 2022.

«Viele der bestehenden Schulbauten [...] sind weder mit der demografischen Entwicklung mitgewachsen, noch entsprechen sie den veränderten Lernformen und erst recht nicht den Bedürfnissen zeitgemässer Bildungslandschaften.»



In diesem leerstehenden Bürogebäude an der Berner Nussbaumstrasse soll neuer Schulraum entstehen.

Revision des Personalreglements der Stadt Bern

Am 18. Juni 2023 stimmt die Stadtberner Stimmbevölkerung über eine Vielzahl von Geschäften ab. Eines der wichtigsten ist das revidierte Personalreglement der Stadt Bern. Es kommt aufgrund des von bürgerlicher Seite ergriffenen Referendums an die Urne. Den Bürgerlichen geht es angeblich um die Wirtschaftlichkeit. Den virulenten Fachkräftemangel, der auch vor Gemeinwesen nicht Halt macht, blenden sie hingegen locker aus. Ebenso wird ignoriert, dass das Beamtentum, das sich im dreissigjährigen Personalreglement widerspiegelt, nichts mit den heutigen Lebensrealitäten zu tun hat. Ein Ja zum neuen Reglement ist aus sozialdemokratischer Sicht ein Muss. Eva Schmid, Parteisekretärin SP Stadt Bern

Entgegen den hartnäckigen Behauptungen der Bürgerlichen sind die Anstellungsbedingungen in der Stadt nicht übermässig gut. Die Löhne sind beispielsweise im Vergleich zu anderen Verwaltungen (Kanton, Bund) deutlich tiefer. Es liegt deshalb auf der Hand, dass sich – neben den Personalverbänden – zahlreiche Exponent:innen der SP Stadt Bern wie auch anderer linken Parteien an vorderster Front für ein Ja zum neuen Personalreglement einsetzen. Es geht nämlich, wie von Genossin Vanessa Käser in ihrem eindrücklichen bildungspolitischen Plädoyer (siehe Seite 13f.) gefordert, um sozialdemokratische Antworten: Antworten zur Schaffung von Gleichstellung und Vereinbarkeit, Antworten, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Gleichstellung und Vereinbarkeit statt Fachkräftemangel

Durch die Schaffung zeitgemässer, fairer Arbeitsbedingungen kann die Stadt Bern einerseits als attraktive Arbeitgeberin auf dem Markt mithalten und andererseits einen substantiellen Beitrag leisten, um dem Fachkräftemangel etwas entgegenzusetzen. Mit der Revision hat der Stadtrat Voraussetzungen geschaffen für eine echte Gleichstellung. Dies durch eine massive Verbesserung bei der Vereinbarkeit: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, von Beruf und Care-Arbeit, von Beruf und Privatleben. Aus sozialdemokratischer Sicht ein Muss, will man denn einen guten Service public aufrechterhalten – von gut betreuten Tagesschulen und Kitas bis zur Strassenreinigung.

Teuerungsausgleich und sozialpartnerschaftliche Verhandlungen

Schon heute muss die Teuerung ab 1% zwingend ausgeglichen werden. Wird sie nicht ausgeglichen, bedeutet dies eine Reallohnkürzung, wie sie derzeit leider viele Arbeitnehmer:innen hinnehmen müssen. Bei der aktuellen Teuerung von 3% bedeutet dies beispielsweise beim schweizerischen Medianlohn von 6500 Franken einen Kaufkraftverlust von

2535 Franken pro Jahr. Einzige Neuerungen bei der Teuerung: Der Gemeinderat muss bei schlechter finanzieller Lage die Kürzung eines Teuerungsausgleichs mit den Sozialpartnern zwingend verhandeln, wie das in der Bundesverfassung vorgesehen ist. Wird keine Einigung

erzielt, kommt das vorgesehene Schlichtungsverfahren zur Anwendung. Zudem muss die effektive Lohnentwicklung dem Lohnindex angepasst werden, wenn sich die finanzielle Lage der Stadt wieder verbessert.

Signalwirkung für fortschrittliche Arbeitsbedingungen

Werden die neuen, fortschrittlichen Arbeitsbedingungen in der Stadt Bern angenommen, entfaltet sich dadurch eine Signalwirkung, die auch andere Gemeinden in der Region, aber auch Private dazu animieren dürfte, zeitgemässe Arbeitsbedingungen zu schaffen – jedenfalls, sofern sie ihr Personal nicht an die Stadt Bern, den Bund oder an die Privatwirtschaft verlieren möchten.



Bleib auf dem Laufenden und folge uns auf den Sozialen Medien



www.facebook.com/spstadtbern



www.instagram.com/spstadtbern



twitter.com/SP_Stadt_Bern



Mehr über «FERTIG LUSCHTIG» erfahren:
fertigluschtig.ch

JUSO STADT BERN

«FERTIG LUSCHTIG» – gegen die Krisen unserer Zeit und für ein gutes Leben für alle

Die Teuerung, der russische Angriffskrieg, die Pandemie, die Klimakrise und so weiter: Krisen prägen unseren Alltag seit Jahren. Dabei zeigt sich, dass ohne einen grundlegenden Wandel die Zukunft gleich aussehen wird. Denn Krisen sind im Kapitalismus unabdinglich. Der Kapitalismus ist ein System, das die Profite über das Wohl der Menschheit und des Planeten stellt.



Jakob Walczak,
Präsident*in der
JUSO Stadt Bern

Während für uns also die Lebensgrundlage verschwindet und das Leben teurer wird, profitieren die Mächtigen dieser Welt und können sich in ihre Luxushäuser zurückziehen. Gegen das kapitalistische System gibt es in der Gesellschaft auf vielen Ebenen Widerstand. Dieser Widerstand ist vielfältig und richtet sich oft sowohl gegen spezifische Probleme als auch gegen das dahinterstehende System als solches. Viele Personen, die diesen Widerstand leisten, bleiben jedoch in ihren eigenen Bewegungen und Organisationen. Das ist ein Problem. Es führt nämlich dazu, dass diese Personen und ihre Organisationen mit der Zeit an fehlenden Ressourcen leiden und ihnen weniger Gehör geschenkt wird.

Intersektionale Bekämpfung der Unterdrückungssysteme

Aus diesen Grundgedanken ist Anfang letzten Winter das Bündnis «FERTIG LUSCHTIG» im Raum Bern entstanden. Mehrere Organisationen – mittlerweile sind es vierzehn – und weitere Verbündete haben sich entschieden, zusammen die Gesellschaft über die Krisen unserer Zeit und die Verbindungen dazwischen zu sensibilisieren. Fest steht: Nur eine intersektionale Bekämpfung der Unterdrückungssysteme und ein vereinter, aber nicht einheitlicher Widerstand wird es uns erlauben, diese zu überwinden.

Inhaltliche und strategische Mitwirkung der JUSO

Auch wir als JUSO Stadt Bern sind seit dessen Gründung im Bündnis «FERTIG LUSCHTIG» dabei und gestalten mit den anderen unseren gemeinsamen Aktivismus. Wir konnten viele inhaltliche und strategische Diskussionen führen, unsere Themen in den Diskurs einbringen und auf den Strassen von Bern und Thun mehrere Aktionen durchführen.

Vereinter, breiter Widerstand

Aktuell ist das Bündnis am Punkt angelangt, um mit einer Liste von gemeinsamen Forderungen an die Öffentlichkeit zu gehen. Es sind Forderungen, die sowohl auf die kurzfristige als auch auf die langfristige Umsetzung abzielen. Zurzeit planen wir die Durchführung weiterer Bündnisaktionen, um in den Bewegungen dabei zu sein und somit unsere Präsenz zu verstärken. Die Vernetzung, die dieses Bündnis erschaffen hat, wird in Zeiten der multiplen Krisen im zukünftigen Aktivismus der Linken eine wichtige Rolle spielen. Auch wird sie für unsere Arbeit sehr hilfreich und interessant sein. Denn nur ein vereinter und breiter Widerstand gegen die Krisen und Unterdrückungssysteme unserer Zeit wird es uns erlauben, in eine Zukunft zu gehen, in der das gute Leben für alle keine Utopie, sondern Realität sein wird!

